



Nr. 101 / 10.05.2019

Alexander **HOFFMANN** informiert

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Steuerschätzung: Neue, teure Ausgaben sollten wir uns sparen

Liebe Leserinnen, liebe Leser, am Donnerstag wurden die neusten Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen präsentiert. Bund, Länder und Kommunen müssen demnach von 2019 bis zum Jahr 2023 mit 124 Milliarden Euro weniger auskommen als noch im Herbst erwartet. Das Minus für den Bund macht allein rund 70 Milliarden aus. Dass die „fetten Jahre“ und die Zeiten voller Kassen plötzlich vorbei sein sollen, wie es Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) behauptet, ist aber nicht richtig.

Von Not oder gar Krise kann aber keine Rede sein!

Die Steuereinnahmen sinken ja nicht. Sie wachsen nur langsamer als in den zurückliegenden Jahren. Das liegt vor allem daran, dass man mit einem deutlich geringeren Wirtschaftswachstum rechnet als noch bei der vorherigen Steuerschätzung, nämlich von 0,5 Prozent statt 1,1 bzw. 1,8 Prozent.

Nichtsdestotrotz: Deutschland hat so hohe Steuereinnahmen wie noch nie – daran ändert auch die neue Steuerschätzung nichts. So sollen die Einnahmen von 776,3 Milliarden in 2018 auf dann stolze 908,4 Milliarden Euro im Jahr 2023 steigen (siehe Grafik). Das wären Jahr für Jahr neue Allzeit-Rekorde!

Trotzdem sollten wir uns nichts vormachen: Es ist nicht in Stein gemeißelt, dass die Steuern immer weiter steigen und dass alle Rahmenbedingungen für alle Zeit so überaus günstig bleiben werden.



Denn in Zeiten der Nullzinspolitik der EZB spart sich der Staat enorme Zinsausgaben. Nimmt man nur das Jahr 2018, betragen die Zinsersparnisse von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen 55 Milliarden Euro im Vergleich zu vor der Finanzkrise.

	Ist 2018	Schätzung 2019	Schätzung 2020	Schätzung 2021	Schätzung 2022	Schätzung 2023
1. Bund (Mrd. €) <i>Veränderung gegenüber Vorjahr (v.H.)</i>	322,4 4,2	324,3 0,6	328,8 1,4	340,0 3,4	351,5 3,4	360,3 2,5
2. Länder (Mrd. €) <i>Veränderung gegenüber Vorjahr (v.H.)</i>	314,1 5,2	321,8 2,5	333,3 3,5	345,0 3,5	357,9 3,7	370,7 3,6
3. Gemeinden (Mrd. €) <i>Veränderung gegenüber Vorjahr (v.H.)</i>	111,3 5,9	113,6 2,1	118,3 4,1	122,8 3,8	127,0 3,5	131,4 3,5
4. EU (Mrd. €) <i>Veränderung gegenüber Vorjahr (v.H.)</i>	28,6 31,9	34,0 18,9	37,8 11,1	39,2 3,8	41,3 5,4	46,0 11,2
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €) <i>Veränderung gegenüber Vorjahr (v.H.)</i>	776,3 5,7	793,7 2,3	818,0 3,1	847,0 3,5	877,8 3,6	908,4 3,5

Im Bundeshaushalt 2019 sind nur rund 19 Milliarden Euro für Zinsausgaben veranschlagt. Sobald die Zinsen aber wieder steigen – und das müssen sie endlich auch mal wieder im Interesse der Sparer –, muss allein der Bund wohl bald wieder zwischen 30 und 40 Milliarden Euro für Zinsen ausgeben.

In wenigen Jahren dürfte zudem fast ein Drittel des Bundeshaushaltes in die Rentenkasse fließen. Bereits jetzt sind es ca. 100 Milliarden pro Jahr! Wer da noch allen Ernstes fordert, das Rentenniveau müsste spürbar angehoben werden, der muss erst einmal seriös erklären, wo die vielen zusätzlichen Milliarden jedes Jahr herkommen sollen. Bereits heute entfällt in Deutschland mehr als die Hälfte der Staatsausgaben auf Sozialleistungen. Die Sozialausgaben sind in den zurückliegenden Jahren auch am stärksten gestiegen – in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung gesunken ist.

Wenn nun die Steuereinnahmen weniger stark steigen als die Ausgaben-Fantasien der Sozialdemokraten, dann ist es mehr als widersprüchlich, dass Arbeitsminister Heil eine 5 bis 11 Milliarden teure, steuerfinanzierte Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung einführen will, die mehr Ungerechtigkeit schafft als beseitigt.

Sparen sollten wir uns neue, teure Ausgaben. Es ist eine Illusion zu glauben, dass wir ein reiches Land wären, das sich immer noch mehr und noch mehr leisten kann. Nein, wir laufen Gefahr, gerade in guten Zeiten (wie wir sie nach wie vor haben) den Haushalt kaputt zu machen durch viele neue dauerhafte Ausgaben. Es muss jetzt einen Kassensturz

geben. Wir müssen offen und ehrlich darüber reden, was finanziell geht und was nicht.

Dass die Steuereinnahmen nicht mehr so üppig steigen wie noch im zurückliegenden Herbst erhofft, ist kein Drama. Allein das Steueraufkommen des Bundes ist zwischen 2008 und 2017 um 29 Prozent gestiegen. Heute haben wir die zweithöchste Abgabenlast aller OECD-Mitgliedsstaaten nach Belgien. Wie CDU und CSU fordert daher auch der Chef der Wirtschaftsweisen, den Solidaritätszuschlag endlich komplett abzuschaffen, um die fleißig arbeitende Mittelschicht steuerlich zu entlasten und dadurch die Binnenkonjunktur zu stützen.

Dass die Bevölkerung zum Teil unzufrieden ist mit „der Politik“, hat doch auch damit zu tun, dass wir in wirtschaftlich hervorragenden Zeiten es (noch) nicht hinbekommen haben, Steuern und Abgaben deutlich spürbar zu senken – und stattdessen nicht wenige aus den Reihen von SPD und Grünen über Steuererhöhungen oder sogar über neue Steuern fabulieren.

Es ist auch weiterhin möglich und geboten, in unsere Infrastruktur sowie in Bildung zu investieren, weiterhin Schulden abzubauen – und es ist auch möglich, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, damit ihnen am Monatsende endlich wieder mehr von ihrem hart verdienten Einkommen übrig bleibt. Das ist allemal besser, als die Staatsausgaben ständig zu erhöhen und noch mehr Geld umzuverteilen. Auch der SPD müsste doch allmählich klar geworden sein, dass man sich die Zustimmung der Wähler nicht erkaufen kann. Man muss sie sich durch gute, ehrliche Politik verdienen!

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB

Fotos: Laurence Chaperon;
CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
Michael Dominik
Grafik: Bundesfinanzministerium